Rettet den Wettbewerb

Frankreich und Spanien schützen ihre großen Versorger vor europäischen Übernahmen. Deutschland sollte sich das nicht bieten lassen – es geht um günstige Energie, nicht um nationale Eitelkeiten **VON CLAUDIA KEMFERT**

Grundlegende Erkenntnisse kommen manchmal recht plötzlich. So hat die spanische Regierung nach dem Übernahmeangebot des deutschen Eon-Konzerns für den iberischen Versorger Endesa entdeckt, dass Energiesicherheit allein durch heimische Konzerne gewährleistet werden kann. Und Frankreich folgt dem spanischen Vorbild auf dem Fuß: Der französische Staatskonzern Gaz de France (GdF) und der Pariser Versorger Suez sollen fusionieren und würden damit vor Electricité de France (EDF) die Nummer eins im Land.

Frankreich hat zwar noch nie verhehlt, dass Versorgungssicherheit durch heimische Konzerne und heimische Energieträger – in erster Linie Atomkraft – höchste Priorität hat. Jetzt aber scheinen immer mehr europäische Länder diesem Glauben anzuhängen.

Doch ihre Angst ist unbegründet. Aus deutscher Erfahrung wissen wir, dass auch ausländische Konzerne Energiesicherheit gewährleisten. So hat man hier zu Lande gute Erfahrungen mit dem schwedischen Konzern Vattenfall.

Übersehen wird bei der gegenwärtigen Nationalhysterie, dass die Fusionitis großer Energiekonzerne in Wahrheit nicht so sehr unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit bedenklich ist. Sorgen sollte man sich eher darum, dass infolge der Zusammenschlüsse immer weniger Wettbewerb herrscht.

Gerade im Energiesektor ist es wirtschaftlich nachvollziehbar, dass sich große Konzerne herausbilden, die kapitalintensive Inves-

itionen leisten können. Dies birgt jedoch auch die Gefahr, dass wenige große Konzerne Monopolrenten abschöpfen. Für den Verbraucher bedeutet dies höhere Preise – der Konzernsitz aber ist ihm egal.

Die EU-Kommission mahnt seit Jahren mehr Wettbewerb an, hat damit aber immer weniger Erfolg. Ein EU-Grünbuch regt eine europäische Regulierungsbehörde an. Dies neun Jahre nach der Richtlinie zur Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes zu fordern ist allerdings viel zu spät. Denn bis eine solche Behörde eingerichtet ist, werden die Megafusionen längst abgeschlossen sein.

Der Energiemarkt wird – im Gegensatz zu anderen Branchen wie dem Telekommunikationsgeschäft – immer dem Gesetz der Größe folgen. Größe ist aber nicht gleichbedeutend mit Versorgungssicherheit. Wie der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine zu Jahresbeginn gezeigt hat, können gerade große Konzerne wie der russische Energieriese Gazprom ihre Macht ausspielen und dabei nicht allein wirtschaftliche Interessen verfolgen.

Die Konzentrationswut nationaler Unternehmen, wie sie nun in Frankreich und Spanien zu beobachten ist, kann weder Versorgungssicherheit gewährleisten noch trägt sie zu mehr Wettbewerb bei. Sie macht nur eines deutlich: wie nervös die Staaten beim Thema Energie sind. Eine derartige Konzentrationswelle nationaler Konzerne löst jedoch nicht das grund-

sätzliche Problem, dass die Europäer unabhängiger von Importen fossiler Energieträger werden müssen. Diese Aufgabe muss die Energiepolitik lösen, wie das EU-Grünbuch richtig fordert. Doch auch hier bleibt es zu vage: Nur die gezielte Förderung heimischer Energieträger kann die Importabhängigkeit reduzieren. Das Grünbuch nennt dazu weder konkrete Ziele, noch macht es Vorschläge zur politischen Umsetzung.

Energiepolitik muss vehement für mehr Wettbewerb eintreten.

Wenn Fusionen nicht verhindert werden können oder sollen, muss es wenigstens eine konsequente Preisaufsicht geben.

Allerdings können große Unternehmensfusionen auf europäischer Ebene wo-

möglich verhindert werden. Die Kommission prüft derzeit, ob nationale Strategien wie in Frankreich und Spanien dem Wettbewerbsrecht zuwiderlaufen.

Aus deutscher Sicht erscheinen nationale Strategien nicht gerade einleuchtend. Zwar hat es Deutschland in der Vergangenheit versäumt, sich für mehr Wettbewerb stark zu machen – es wurden weder Großfusionen verhindert, noch wurde die Regulierungsbehörde rechtzeitig eingesetzt. Dennoch bleibt die Frage: Was nützt es, in Deutschland für mehr Wettbewerb einzutreten, wenn in anderen europäischen Ländern offenbar andere Gesetze gelten?

Die deutsche Energiepolitik sollte weiter für mehr Wettbewerb

eintreten. Sie muss aber auch verhindern, dass deutsche Energieunternehmen unnötig benachteiligt werden, weil die Nachbarn nationale Strategien verfolgen. Sonst droht den am Ende vergleichsweise kleinen deutschen Unternehmen selbst die Übernahme. Energieriesen wie GdF-Suez oder EDF können deutsche Konzerne locker übernehmen. EDF hält ohnehin schon 40 Prozent an EnBW.

Zwar sind sowohl Eon als auch RWE sehr große Unternehmen und international gut aufgestellt. Doch neben den französischen Energieriesen haben weitere Branchengrößen wie die italienische Enel oder wie Gazprom strategische Interessen und das Potenzial zur Erweiterung, gerade in Europa.

Eine klare europäische Energie- und Wettbewerbspolitik ist also nötiger denn je: Will sie wirklich mehr Wettbewerb fördern – oder wird unter Aufsicht der EU der Aufbau nationaler Champions geduldet, die dem Wettbewerbsgedanken komplett entgegenlaufen? Trifft Letzteres zu, müssen zumindest die Aufsichtsbehörden rigoros die Preise kontrollieren.

Deutschland sollte dennoch für mehr Wettbewerb kämpfen und dafür sorgen, dass Nationalstrategien wie in Spanien und Frankreich nicht einfach so hingenommen werden. Wettbewerb bedeutet auch, dass Konzentration unabhängig von der Nationalität der Mutterkonzerne stattfinden kann.

CLAUDIA KEMFERT leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und ist Professorin an der Humboldt-Universität.

Große nationale Fusionen sichern nicht unbedingt die Versorgung